

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

A0174/06/1 öffentlich		Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
		A0174/06	08.11.2006
Absender			
Fraktion Die Linkspartei.PDS			
Gremium		Sitzungstermin	
Stadtrat		09.11.2006	
Kurztitel			
Öffnung von Schuleinzugsbezirken			

Der Stadtrat möge beschließen:

Der interfraktionelle Antrag zur Öffnung der Schulbezirke wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat unterstützt den Oberbürgermeisters in seinem Bemühen, in Magdeburg über einen Modellversuch die Sekundarschulen zu profilieren und damit zu erhalten.
2. Der Stadtrat fordert die Landesregierung auf, für Mehrfachstandorte Regelungen für ein Floating-Modell zwischen den Schulen gleicher Schulformen zu ermöglichen und die Einhaltung der Zügigkeitsrichtwerte für die Einzelschule zu lockern. Ziel soll es sein, dass an Mehrfachstandorten so viele Schulen erhalten werden können, wie nach den entsprechenden Gesamtschülerzahlen für die jeweilige Schulform am Standort möglich wären.
3. In Abhängigkeit von einer Lösung nach Punkt 2 soll der Oberbürgermeister eine Entscheidungsvorlage für den Stadtrat zur Öffnung der Schulbezirke für die Sekundarschulen, beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011 vorbereiten. Mit der Öffnung der Schulbezirke soll gesichert werden, dass die Schüler, die in den heute bestehenden Schulbezirken wohnen, ein Vorzugsrecht haben, die ihrem Schulbezirk zugeordneten Schule zu besuchen. Für die Schülerbeförderung der Sekundarschüler sollen die gleichen Konditionen gelten wie jetzt schon für die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und der Gesamtschulen. Die Satzung über die Schülerbeförderung ist den durch die Öffnung der Schulbezirke geänderten Bedingungen anzupassen.
4. Der Stadtrat fordert die Grundschulen und die weiterführenden Schulen auf, im Interesse eines erfolgreichen Bildungsweges für alle Schülerinnen und Schüler künftig noch enger zusammenzuarbeiten.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Schulen jedes Jahr die Möglichkeit einer Schulmesse einzuräumen, auf der sich alle Schulen mit ihrem besonderen Programm darstellen können und die den Eltern mehr Sicherheit bei Wahl des Bildungsweges ihrer Kinder gibt.

Begründung:

Eine Öffnung der Schulbezirke ist fahrlässig in einer Zeit, in der die betroffenen Schulen keine Stabilität im Bestand aufweisen können. Die Frage, welche Schule erhalten werden kann und welche nicht, ist dann nicht mehr von schulnetzplanerischen, auch nicht von Fragen der Schulqualität abhängig, sondern vom mehr oder weniger zufälligen Anwahlverhalten von Eltern. Es würde ein Verdrängungswettbewerb stattfinden, der die Schulentwicklungsplanung zu einem

unabwägbaren Geschäft für die Stadt machen würde. Eine echte Qualitätsentwicklung käme so nicht zustande. Darum wollen wir mit dem Instrument der Schulmesse einen Vorlauf schaffen, mit dem die Informiertheit aller Elternhäuser erhöht werden kann. Außerdem ist eine Öffnung der Schulbezirke unverantwortlich, wenn die Stadt keinen größeren Planungsspielraum erhält und weiterhin an auf die Einzelschule bezogenen stringenten Vorgaben verpflichtet ist. Auch für Entscheidungen für die Schulsanierung ist Stabilität vonnöten, gerade angesichts der Lage im Stadthaushalt. Da der Schulentwicklungsplan der Stadt bis zum Schuljahr 2009/2010 bestätigt ist, sollte eine Öffnung der Schulbezirke erst in Erwägung gezogen werden, wenn die Stadt über die Anschlussregelungen in der Verordnung informiert ist, zumal die Schülerzahl zu diesem Zeitpunkt wieder ansteigen und sich für mehrere Jahre auf diesem Niveau stabilisieren wird. Eine Öffnung der Grundschulbezirke sollte erst später erwogen werden, allerdings wäre es sinnvoll, die Ausnahmegenehmigungen hier im Sinne der Kinder großzügiger zu behandeln.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender